

Öffentliche Stellungnahme des Antidiskriminierungsbüros e.V. zu zunehmenden Angeboten zur Umerziehung Homosexueller und deren Propagierung in öffentlichen Einrichtungen durch private Organisationen

Zum wiederholten Mal wurde unsere Beratungsstelle von Betroffenen kontaktiert, die sich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert fühlen. In diesen Fällen handelt es sich um junge homosexuelle Männer, die zunehmend von ihrem sozialen Umfeld bedrängt werden, aktiv gegen ihre Homosexualität vorzugehen.

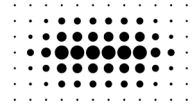
Eine wesentliche Rolle scheinen dabei Religionsgemeinschaften wie Wüstenstrom und das Deutsche Institut für Jugend und Gesellschaft zu spielen, die vor allem im Bereich der Christlichen Kirchen um Einflussnahme bestrebt sind. Diese Organisationen offerieren in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Hoch- und Fachschulen oder Universitäten Homosexuellen Beratungs- und Behandlungsangebote, die ihnen helfen sollen, sich heterosexuell umzuorientieren.

Derartige psychotherapeutische Ansätze stehen im starken Gegensatz zu den Grundansichten der modernen Medizin. In dieser besteht seit Jahren der Konsens, dass Homosexualität keine Krankheit ist und somit auch keiner Therapie bedarf. Diese Maßnahmen sind nicht nur nutzlos, sondern eher schädlich für Betroffene. Die Angebote sind verletzend und verunsichern Homosexuelle in hohem Maß. Schlimmstenfalls verursachen sie Identitätskrisen und psychische Störungen, die zu Depressionen und Selbstmordgedanken führen können.

Ein zweiter gefährlicher Effekt ist, dass Menschen suggeriert wird Homosexualität könne erfolgreich behandelt werden und sei von Gott unerwünscht. Auf der Internetseite von Wüstenstrom wird betont, dass Homosexualität "... in den Entscheidungsbereich des Menschen fällt." Gläubige Christen werden auf diese Weise motiviert auf Lesben und Schwule zuzugehen um sie zu den Therapien zu bewegen. Das bedeutet, Homosexuelle werden nicht in ihrer Persönlichkeit und Selbstakzeptanz unterstützt, sondern mit ihrer scheinbaren "Andersartigkeit" konfrontiert. Sie werden unter Rechtfertigungsdruck gebracht, wenn sie sich keiner Therapie unterziehen möchten, wie es einem unserer Klienten widerfahren ist.

Besonders problematisch verhält es sich scheinbar in den ländlichen Regionen Ostsachsens. Die christliche Kirche und ihre Gemeinden üben hier einen prägenden Einfluss auf das gesellschaftliche Leben aus und bieten den Aktivitäten dieser fragwürdigen Religionsgemeinschaften einen guten Nährboden. Das vertraute soziale Gefüge - Familie, Freundes - und Bekanntenkreis, Kollegen, Gemeinde- wird durch die Arbeit von Organisationen wie Wüstenstrom und das Deutsche Institut für Jugend und Gesellschaft gezielt verunsichert und erschüttert.

Da es für Heterosexuelle keine vergleichbaren Angebote gibt, mittels Therapie eine homosexuelle Orientierung anzunehmen, liegt offenkundig ein Diskriminierungstatbestand vor. Denn Grund sind nicht fehlende Kapazitäten der Organisationen, sondern Heterosexualität als anzustrebende Ordnung und Richtnorm zu betrachten. Homosexualität wird als eine leidvolle Situation beschrieben, die mittels Therapie überwunden werden kann. Homosexualität wird nicht als eine Lebensform



anerkannt, die gleichwertig der der Heterosexualität gelebt werden kann und deren Akzeptanz in der breiten Öffentlichkeit gefördert werden muss.

Das widerspricht eindeutig den ethischen Ansprüchen unserer Gesellschaft, die im Grundgesetz verankert sind. Die Werbung für derartige Umerziehungsangebote muss deshalb aus öffentlichen Einrichtungen verschwinden. Einrichtungen, die von Kommunen, Ländern oder dem Staat betrieben werden, dürfen solcher Propaganda keinen Raum zugestehen. Diese Behandlungen bzw. schon der Umstand der öffentlichen Verbreitung der Umerziehungsangebote greifen Menschen in ihrer Würde an und sprechen ihnen ein vollwertiges Mann-/Frau- bzw. Menschsein ab. Mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes am 18. August 2006 gibt es nun auch im bundesdeutschen Recht die Regelung, dass kein Mensch u.a. aufgrund seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden darf.

Antidiskriminierungsbüro e.V.